

aktiv

Meine Arbeit.
Mein Leben.
Meine Zukunft.

2/26

Quiz
Jetzt tolle Preise
gewinnen!
> 11

Tag für Tag 500 Portionen

Industrie hautnah

Annette Klüser-Berg und
ihr Team sorgen im
Betriebsrestaurant von
Vaillant für ausgewogene
Menüs > 4-5



Internet
Weitere Berichte
aus der Industrie

aktiv-online.de/nrw



Neue Lösung

Künstliche Intelligenz kann
unsere Industriebetriebe
deutlich effizienter machen.
Sogar, wenn es um die
Currywurst geht!

> 15

Altes Problem

Der deutsche Wohnungsmarkt
ist extrem angespannt, das
bremst auch das Wachstum.
Was ist da los – und wie könnte
es besser werden?

> 6-9

Impressum

aktiv, 1972 gegründet von Klaus Kunkel †, erscheint im Verlag der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Redaktionsleiter
Thomas Goldau (verantwortlich)

Chef vom Dienst
Thomas Hofinger

Leitender Redakteur Online
Jan Hendrik Kurze

Zentralredaktion Köln
Michael Aust, Ulrich Halasz (Chefreporter), Ursula Hellenkemper (Schlussredaktion), Stephan Hochrebe, Nadine Keuthen, Niklas Kuschowitz, Anja van Marwick-Ebner

Gestaltung
Harro Klimmeck (Leitung), Eckhard Langen, Florian Lang, Daniel Roth (Bilder)

Adresse & Kontakt
Konrad-Adenauer- Ufer 21
50668 Köln
Postfach 10 18 63
50458 Köln
0221 4981-0
redaktion@aktiv-online.de

Infos zum Vertrieb
Tjerk Lorenz, 0221 4981-216
vertrieb@aktiv-online.de

Infos zum Datenschutz
datenschutz@aktiv-online.de

aktiv erscheint mit den Ausgaben Bayern, Chemie, Chemie Baden-Württemberg, Hessenmetall, Niedersachsenmetall, Nordrhein-Westfalen, Papierverarbeitung, Saarland und Textil

Redaktion Bayern
Alix Maria Sauer (Leitung), Michael Stark, Friederike Storz
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
089 55178-551

Redaktion Baden-Württemberg
Barbara Auer
Stettenfelder Straße 8
74199 Untergruppenbach
0172 388 10 90

Redaktion Niedersachsen
Isabel Link
Schiffgraben 36
30175 Hannover
0511 8505-215

Redaktion Nord
Clemens von Frentz (Leitung)
Kapstadtring 10
22297 Hamburg
040 6378 4820

Alle Rechte liegen beim Verlag. Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung erhalten Sie über: lizenzen@iwkoeln.de

Druck
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Kassel

Die Wirtschaftszeitung **aktiv** wird gedruckt auf mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ ausgezeichneten Papier aus 100 Prozent Recycling-Material.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Mehr Informationen zur Berechnungsmethodik, zur Kompensation und dem gewählten Goldstandard-Klimaschutzprojekt finden Sie unter klima-druck.de/ID.

Das Wohnungs-Dilemma

Wirtschaftsexperten nennen das „Lock-in-Effekt“: Weil Menschen keine neue Mietwohnung finden, ohne satte Preisaufschläge befürchten zu müssen, vermeiden sie einen Umzug. Obwohl die alte Wohnung gar nicht mehr zu ihrer Lebenssituation passt.

In Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern beträgt der Preisunterschied zwischen Altverträgen und Neuvermietungen inzwischen 25 Prozent, wie das Institut der deutschen Wirtschaft ermittelt hat. Deshalb harren Ältere, deren Kinder längst flügge sind, in ihren



VON THOMAS GOLDAU,
REDAKTIONSLEITER

viel zu großen Wohnungen aus. Die Jüngeren dagegen müssen relativ beengt wohnen – wenn sie endlich ein Zuhause gefunden haben.

Regulierungen wie die Mietpreisbremse, von der Politik gut ge-

meint, verschärfen leider das Problem. Denn im Ergebnis wird noch weniger in Neubauten investiert.

So wird der Wohnungsmarkt zur Wirtschaftsbremse. Und das liegt nicht allein am Lock-in-Effekt. Die vielfältigen Ursachen und mögliche Auswege zeigt **aktiv** im Schwerpunkt dieser Ausgabe auf. Immerhin: Der Staat vereinfacht jetzt Bauvorschriften und passt Förderprogramme an. Doch bis das Wohnungssuchenden hilft, wird es dauern.

Natürlich freuen wir uns über Ihr Feedback. Schreiben Sie mir gern an: goldau@iwkoeln.de

Inhalt

Wirtschaft

Jahr um Jahr machen zigtausend Familienbetriebe dicht – weil der Chef keine Nachfolger findet

> 3

Industrie hautnah

Viel mehr als nur ein Ort zum schnellen Mittagessen: Vaillants neue Kantine! **aktiv** durfte sie sich ansehen

> 4-5

Wohnungsmarkt

Vor allem in Ballungsräumen ist Wohnraum sehr knapp. Woran liegt das, was ließe sich dagegen tun?

> 6-9

Betriebe live

Europas größte Fabrik für Second-Life-Batterie-speicher steht in Aachen. **aktiv** war mal da

> 10

Standort

Jede Stunde Arbeit in Deutschland ist sehr teuer

> 11

Außenhandel

Mercosur. Indien. Und so weiter: Die EU stärkt den Handel mit neuen Abkommen

> 12-13

Digitalisierung

Deutschland wird moderner. Gerne mitmachen!

> 14

Moment mal!

Was die Currywurst mit KI zu tun hat

> 15

Zahlen & Fakten

Was Gemeinden alles tun – und wie sie das bezahlen

> 16

6-9

Schwerpunkt –
Wohnungen in Deutschland: 1,4 Millionen fehlen – und zugleich stehen 1,7 Millionen leer. Eine Einordnung



FOTO: HANOHIKI – STOCK.ADOBE.COM

12-13

Export – Made in Europe: Neue Abkommen sollen den Handel stärken.



ILLUSTRATION: ES SARAWUTH – STOCK.ADOBE.COM

10

Betriebe live –
Stromspeicher aus alten Batterien? Gibt es: Bei Voltfang in Aachen.



FOTO: AKTIV/DANIEL ROTH

4-5

Industrie hautnah –
Sie sorgen für gutes Essen, 500-mal am Tag: Die Leiter des Vaillant-Betriebsrestaurants.



FOTO: AKTIV/BERNHARD MOLL

16

Zahlen & Fakten –
Wohlfühlfaktor: Eine gut funktionierende Gemeinde ist lebenswert.



ILLUSTRATION: MODERN DESIGN & FOTO_AICHACH – STOCK.ADOBE.COM

Die nächste **aktiv**-Ausgabe erscheint am 18. April

FOTO: CANDY1812 - STOCK.ADOBE.COM



Junior hat alles im Griff: Die Mehrheit der Mittelständler setzt auf eine Nachfolge innerhalb der Familie. Doch 42 Prozent sind laut KfW offen für einen Verkauf.

Wer übernimmt **das Steuer?**

Familienbetriebe Jedes vierte mittelständische Unternehmen in Deutschland denkt an Geschäftsaufgabe, wenn die aktuelle Senior-Generation ausscheidet

VON NADINE KEUTHEN

Vom Bäcker oder Maler bis zum Industriebetrieb: Zigtausenden von mittelständischen Familienunternehmen droht die Schließung, weil es in der Chefetage keinen Nachfolger gibt. Tendenz: steigend.

Das aktuelle Nachfolge-Monitoring der staatlichen Förderbank KfW zeigt: Von den Unternehmerinnen und Unternehmern, die bis Ende 2029 ihren Rückzug aus der Firma planen, haben 569.000 noch niemanden, der den Betrieb weiterführen kann. Jährlich würde das rund 114.000 Betriebsschließungen bedeuten.

Ein Ausstieg kann viele Gründe haben, trotzdem sind laut Studie drei Faktoren ausschlaggebend. Auf Platz eins: der Rückzug der aktuellen Inhabergeneration aus Altersgründen (52 Prozent). Fast genauso häufig (mit 47 Prozent) fehlt schlicht das Interesse von Familienangehörigen an der Betriebsübernahme.

Dann folgt die liebe Bürokratie: „42 Prozent der Unternehmen fühlen sich angesichts der Vielzahl und der Zunahme bürokratischer Prozesse überfordert, wenn nicht sogar abgeschreckt“, erklärt KfW-Ökonom Georg Metzger. Schließlich seien die meisten Unternehmen zum ersten Mal in solch einer Situation. Im Vergleich zur Befragung 2024 ist die Unzufriedenheit wegen der Bürokratie sogar noch gestiegen.

Hauptknackpunkt ist der Kaufpreis

Es ist ja auch vieles zu klären bei einer Unternehmensübergabe: Wie werden etwa die Altinhaber oder die Interessen der Gläubiger abgesichert? Was gilt bei Einkommens- und Erbschaftsteuer? Dazu kommen Meldepflichten bei Gewerbe- und Grundbuchamt oder beim Handelsregister.

Trotz dieser Aufwände stehen den 569.000 Betrieben mit Schließungsplänen fast genauso viele Betriebe gegenüber, die eine Nachfolgeregelung finden wollen: Bis Ende 2029 möchten rund 545.000 Mittelständler ihr Unternehmen übergeben.

Schon bis Ende 2026 sind es rund 186.000 von ihnen. Damit sind allein in diesem Jahr rund 5 Prozent aller kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland auf der Suche

nach einer neuen Chefin oder einem neuen Chef. Wie in der Vergangenheit wünscht sich die Mehrheit (55 Prozent) eine familieninterne Lösung.

Rund 42 Prozent der Inhaber stehen aber auch einer Übergabe der Firma an Dritte offen gegenüber.

Hauptknackpunkt bei diesem Thema ist der Kaufpreis. Hier scheinen die Vorstellungen der Senior-Generation und der potenziellen Nachfolgekandidaten zum Teil weit auseinanderzugehen.

„Der aktuelle Inhaber hat eher seine zurückliegenden Investitionen im Blick. Beim möglichen Nachfolger sind es Wettbewerbssituation, Kundstamm und Modernisie-

rungsgrad“, ordnet Ökonom Metzger ein. Doch bevor es zu einer Preisverhandlung kommen kann, sehen sich die Betriebe vor der schwierigsten Herausforderung: überhaupt geeignete Nachfolgekandidaten zu finden. Vor dieser Hürde stehen laut KfW sieben von zehn befragten Unternehmen. Denn es gibt insgesamt zu wenig potenzielle Unternehmer. „Und diejenigen, die den Schritt gehen wollen, wissen oft nicht, dass Selbstständigkeit nicht zwingend eine Neugründung bedeutet“, sagt Metzger.

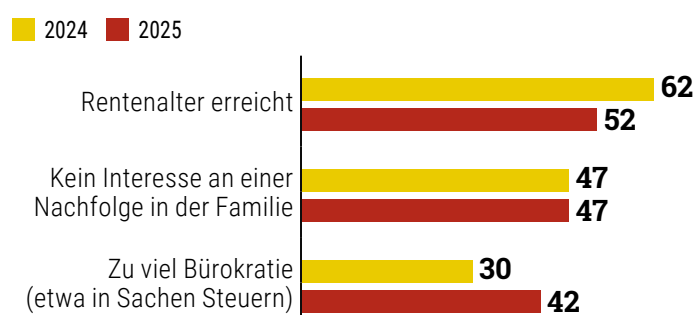
Die gute Nachricht: Selbstständigkeit ist vor allem für viele junge Menschen verlockend. „Der Gründergeist ist bei den Jüngeren sehr stark ausgeprägt, diese Motivation muss genutzt werden“, so Metzger. Plattformen wie nexus-change.de vom Bundeswirtschaftsministerium vernetzen Interessenten mit Unternehmern auf Nachfolgersuche. Seit 2009 kam es so bereits zu 22.300 erfolgreichen Vermittlungen in Industrie und Handwerk. Und viele Arbeitsplätze konnten erhalten werden.

„
Deutsche Unternehmen haben ein enormes Nachfolgeproblem

Georg Metzger,
Ökonom bei der KfW

Wenn eine Ära endet

Die wichtigsten Gründe für die Geschäftsaufgabe (in Prozent)



Mehrfachnennungen möglich, Quelle: KfW-Mittelstandspanel

aktiv

NRW-Nachrichten

Bildung
Wirtschaft als
Schulfach wirkt

Wer Wirtschaft als Schulfach hat, grünet später eher eine Firma. Das zeigt eine Studie des Ifo-Instituts und der Uni Mainz. Demnach steigt die Wahrscheinlichkeit der unternehmerischen Aktivität um 4 Prozentpunkte, wenn Wirtschaft ein Pflichtfach war – und zwar unabhängig davon, ob schon die Eltern Unternehmer waren. In NRW gibt es seit dem Schuljahr 2020/21 an allen Schulformen das Fach Wirtschaft beziehungsweise Wirtschaft-Politik.

Industrie
Produktion auf
schwachem Niveau

Die Produktion der NRW-Industrie lag im Dezember 2025 nach vorläufigen Ergebnissen 1,5 Prozent höher als im Vormonat. Das berichtet das NRW-Statistikamt. Die Entwicklung war je nach Branche sehr verschieden: Bei Metall-erzeugung und -bearbeitung gab es ein Plus von 3,2 Prozent, beim Maschinenbau einen Produktionsrückgang von 0,9 Prozent. Die gesamte Industrieproduktion war damit allerdings 1,4 Prozent niedriger als im Dezember 2024. Und im Vergleich zu Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, lag der Wert im Dezember 2025 um ein gutes Zehntel niedriger.

Energiewende
Ausbau kommt
schneller voran

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Rheinischen Revier kommt deutlich schneller voran als geplant: Knapp vier Jahre nach dem Start des Gigawattpakts sind bereits 4,4 GW installierte Leistung in Betrieb. Damit hat sich der Wert seit Ende 2020 nahezu verdoppelt – und ein Großteil der für 2028 geplanten Zielmarke von 5 GW ist bereits erreicht. Der Gigawattpakt ist ein zentrales Vorhaben im Rahmen des Strukturwandels; Bund und Land unterstützen die Transformation der Region mit bis zu 14,8 Milliarden Euro.



Rheinisches Revier: Im früheren Tagebau drehen sich heute Windräder.

FOTO: IMAGOMA GEBROKER

Eine
kulinarische
Hommage

Mahlzeit! Das Betriebsrestaurant von Vaillant trägt den Namen des Firmengründers. Es feiert die Vielfalt der Belegschaft – und seine Wurzeln im Bergischen Land

VON NADINE KEUTHEN

Wer durchs beschauliche Remscheid im Bergischen Land fährt, mag zwischen Wohnhäusern und einer Grundschule kaum den Hauptsitz eines Global Players erwarten. Am Heimatstandort der Vaillant Group arbeiten rund 2.550 der weltweit rund 16.000 Beschäftigten des Unternehmens. Genauso über-

»

Das Gebäude soll uns Vailländer widerspiegeln

Robin Frohn

rascht ist man beim Betreten des 2023 eröffneten Betriebsrestaurants: Es gleicht eher einer lichtdurchfluteten, modernen Gastronomie als einer klassischen Kantine.

„Es sollte eben nicht nur ein Ort zum schnellen Mittagessen werden“, erklärt Robin Frohn beim **aktiv**-Besuch das schicke Design. Als Leiter Group Real Estate Management bei Vaillant war der gelernte Architekt von Anfang an in den Planungs- und Bauprozess eingebunden. „Unser Ziel war, einen Ort der Begegnung zu schaffen, an dem man sich rundum wohlfühlt.“ Neben den organischen Formen des Gebäudes und dem vielen Echtholz trägt zum Wohlfühlfaktor vor allem eins bei: das Essen.

Am Tag gehen im „Johann's“, benannt nach dem



Johann's: Die „Vailländer“ voteten für Gründer Johann Vaillant als Namensgeber.



Kreativer Kopf: Robin Frohn hat als Leiter Real Estate Management das neue Gebäude von Anfang an mitgeplant.

Unternehmensgründer Johann Vaillant, rund 500 Portionen über die Theke. Dabei können die Gäste zwischen fünf verschiedenen Gerichten wählen. „Wer hier nicht ordentlich plant und kalkuliert, der hat 'n Problem“, bringt es die gastronomische Leiterin Annette Klüser-Berg auf den Punkt.

Warmes Frühstück
gibt's ab sechs Uhr

Betrieben wird die Kantine vom Catering-Dienstleister Aramark. Für diesen arbeitet

aktiv | 28. Februar 2026

28. Februar 2026 | aktiv



FOTO: MKP



Organische Formen: Das neue Gebäude kommt ganz ohne rechte Winkel aus und legt den Fokus auf den Baustoff Holz.



Eingespieltes Team: Die gastronomische Leiterin Annette Klüser-Berg und der betriebliche Leiter Marvin D'Agostino arbeiten eng zusammen, damit sich am Tag rund 500 Vaillant-Mitarbeitende auf eine ausgewogene Mahlzeit freuen können.

FOTOS: AKTIV/BERNHARD MOLL (10)

„Johann's“: Lecker und smart



Frisch und bunt: An der Salatbar kann nach Belieben kombiniert werden. Auch etwas Süßes zum Abschluss darf nicht fehlen.

Vom Teller in die App: Die Tagesgerichte können kurz vor Mittag online eingesehen werden. Anhand der Bilder erkennt die smarte Kasse jedes Gericht.



»

Wir sind alle mit Spaß an der Arbeit dabei

Marvin D'Agostino

auch Klüser-Berg. „Von der Rezeptplanung über den Kochvorgang bis hin zur Speisenausgabe – ich muss alles im Blick haben“, sagt die kulinarische Leiterin. Ist etwa Regen für die kommende Woche vorhergesagt, weiß sie: Es kommen weniger Gäste als sonst, denn die Wege über das Werk sind lang. Vieles also, das es zu bedenken gibt. Unterstützung bekommt sie von einem 24 Köpfe starken Team, zu dem auch vier Köche gehören. Und für die beginnt der Tag bereits morgens um 4.30 Uhr.

„Die Früh- und Spätschicht aus dem Werk kann sich ab sechs Uhr mit einem warmen Frühstück eindecken. Danach beginnen die Vorbereitungen fürs Mittagessen“, erklärt Klüser-Berg. In einer Woche werden im „Johann's“ rund 80 Kilo Kartoffeln, 50 Kilo Pommes und Nudeln sowie 30 Kilo Reis in täglich fünf unterschiedliche Gerichte verwandelt. Hinzu kommen jede Menge Frischgemüse und Fleisch aus der Region. „Wir versuchen, unseren ökologischen Fußabdruck so klein wie möglich zu halten“, sagt Marvin D'Agostino, der für Aramark den Betrieb des Vaillant-Betriebsrestaurants leitet.

Eine Müll-KI hilft
bei der Kalkulation

Dabei hilft auch die Technik. Mithilfe einer „Müll-KI“ – einer smarten Kamera über dem Container – trackt das



»

Kleinstmenge an Suppe? Bei uns: 20 Liter

Annette Klüser-Berg

Team, wie viel von welchem Lebensmittel weggeworfen wird. Das helfe bei der Kalkulation, berichtet D'Agostino:

„Damit haben wir es geschafft, die Lebensmittelabfälle auf neun Gramm pro Gast zu reduzieren.“

Neben den Mittags-Liebungen wie Burger oder Eintopf landen immer wieder bergische Gerichte auf der Karte: Von Pferdewurst bis „Schlabberkappes“ (weich gekochtem Weißkohl) waren schon viele Spezialitäten dabei. Ohnehin schätzt das Küchenteam die Vielfalt – bei Rezepten und Gästen. „Für uns ist es selbstverständlich, Geflügelalternativen zum Schweinefleisch anzubieten“, sagt Klüser-Berg. Und auch für ausgefallene Ideen bleibt Platz. „Wir können uns kulinarisch austoben: Im Sommer grillen wir, im Winter veranstalten wir unseren eigenen Weihnachtsmarkt mit Crêpes“, sagt D'Agostino. „Wir machen eben einiges anders, als man es von klassischen Betriebskantinen kennt.“



Wohnungsbau

75
Prozent: Um diesen Wert sind die Neumieter in den sieben größten Städten seit 2013 gestiegen

1,4
Millionen günstige Wohnungen fehlen laut einer Schätzung aktuell in Deutschland

1,7
Millionen Wohnungen stehen andererseits derzeit leer – meist in ländlicheren Gebieten

Quellen: Ifo, Pestel-Institut, Statistisches Bundesamt

Was ist los am Wohnungsmarkt?

Gesellschaft Jeder von uns braucht ein Dach überm Kopf. Problem: Wir haben davon schlicht zu wenige. Oder am falschen Ort. Warum ist Wohnen bei uns so ein Problem? Und wie wird das endlich mal wieder besser? Eine **aktiv**-Analyse

VON ULRICH HALASZ

Die eigene Wohnung – was ist das nicht alles: Zuhause, Rückzugsort, Lebensmittelpunkt. Für viele aber ist eine passende Wohnung derzeit auch schwer zu bekommen. Oder schwer zu bezahlen. Mal eben ein Umzug in eine andere Stadt, vielleicht des neuen Jobs wegen? Kaum zu realisieren. Denn: Wohnraum ist ein knappes Gut. In Deutschland fehlen Hunderttausende Wohnungen, besonders in den Ballungsräumen.

Hoffnung auf rasche Besserung? Schwierig. Zwar zog die Zahl der Wohnungsbau-Baugenehmigungen laut Statistischem Bundesamt zuletzt wieder deutlich an. Aber bis das für echte Entspannung sorgt, dürfte es dauern. „Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen war zuletzt sogar rückläufig“, sagt Pekka Sagner, Immobilienökonom beim Institut der deutschen Wirtschaft. „Und wir erwarten auch für 2026 eher weiter sinkende Zahlen.“



Die Zahl der fertigen Wohnungen dürfte 2026 weiter sinken

Pekka Sagner,
Institut der deutschen Wirtschaft

Erst mal miese Aussichten also. Und die Gründe für die Misere am Bau? Sind vielschichtig. Teure Finanzierungskosten, hohe Baupreise, unzählige Vorschriften. Und auf der anderen Seite eine steigende Nachfrage. Durch Zuzug, aber beispielsweise auch durch immer mehr Einpersonenhaushalte.

Welche Folgen hat die Wohnungsnot für den Standort Deutschland?

Aber wie genau hängt das alles zusammen? Wie viele Wohnungen brauchen wir und wie viele werden gerade gebaut? Was tut die Politik, damit endlich die Bagger rollen? Und grundsätzlich: Was macht das mit dem Standort Deutschland, wenn man kaum noch umziehen kann, weil die neue Wohnung ein Vermögen kosten würde? Auf dieser und den nächsten Seiten stellt **aktiv** die wichtigen Fragen – und liefert Antworten.

Wie viel wird aktuell bei uns gebaut?

Klare Antwort: viel zu wenig. Laut einer Prognose des Ifo-Instituts in München dürften 2025 lediglich **205.000 neue Wohnungen fertiggestellt** worden sein. Ein Jahr zuvor waren es noch 252.000. Schlimmer noch: Fürs laufende Jahr erwarten die Forscher nur noch **185.000 neue Wohnungen**. „Der Wohnungsbau liegt weit hinter dem zurück, was nötig wäre, um in unserem Land für Entlastung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen“, urteilt Dirk Salewski, Präsident des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen.

Die Fertigstellung liegt eklatant unter Bedarf. Der Bedarf an Wohnraum nämlich ist ungleich größer. Laut **Wohnungsbedarfsprognose** des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung werden hierzulande bis 2030 jährlich eigentlich **320.000 fertige Wohnungen** gebraucht. Und ja: Im letzten Jahr wurden immerhin 238.500 neue Wohnungen genehmigt. Was gut klingt. Bloß: 2021 waren es noch 381.000. „Rechnerisch dauert es etwa zwei Jahre, bis genehmigte Wohnungen auch gebaut sind“, sagt IW-Forscher Pekka Sagner. Kurzfristige Besserung auf dem Wohnungsmarkt ist derzeit also erst mal nicht in Sicht.

Wieso wird nicht viel mehr gemacht?

Weil der Wohnungsmarkt kein Schalter ist, den man einfach so umlegen kann. „Er ist ein träges, **unelastisches System**“, sagt Immobilienexperte Sagner. Zwischen Planung, Genehmigung und Fertigstellung vergehen oft Jahre. Und: Wer baut, entscheidet auf Grundlage von **Kosten, Zinsen und politischen Rahmenbedingungen** – und geht damit langfristig ins Risiko.

Mietpreisbremse behindert den Wohnungsbau. Genau das war zuletzt das Problem. „Insbesondere **stark gestiegene Zinsen** und Baukosten haben den Neubau empfindlich getroffen“, erklärt Sagner. Bauprojekte wurden also verschoben oder ganz gestoppt. Begründung: „Für die Refinanzierung müssten mancherorts Mieten verlangt werden, die unerschwinglich sind“, sagt der Wissenschaftler. Aber auch Eingriffe in den Mietmarkt spielen eine Rolle. Instrumente wie die **Mietpreisbremse** sollen Mieter ja eigentlich vor zu hohen Kosten schützen. Kritiker argumentieren jedoch, dass sie die Bereitschaft mindert, neue Wohnungen zu errichten. Sagner: „Die Mietpreisbremse ist wie ein Pflaster auf einer sehr großen Wunde. Und die blutet am Ende leider weiter.“

Unser Wohnungsmarkt ist extrem angespannt – aber nicht überall. Und das mit dem **Neubau** ist auch gar nicht so einfach > 7

Der Mangel an Wohnraum bremst auch das **Wachstum**. Warum? Weil sich Umzüge womöglich nicht mehr auszahlen > 8

Ein Grund für unsere Probleme ist auch die strikte **Regulierung der Mieten**, wie ein Immobilien-Experte im Interview erklärt > 9

53

Prozent der Deutschen wohnen zur Miete. Damit sind wir Mieterland Nummer eins in der EU

83

Prozent der Bundesbürger halten hohe Mieten für ein „ernsthaftes Problem für den sozialen Frieden“

40

Prozent vom Netto: Wer so viel fürs Wohnen ausgeben muss, gilt als „wohnkostenüberlastet“

54

Milliarden Euro betrug der Umsatz im deutschen Wohnungsbau im Jahr 2025

Quellen: Eurostat, Aareal, ZDB

Sieht das Problem überall gleich aus?

Nein, der Wohnungsmarkt ist immer ein regionales Thema. Und prinzipiell gilt: je urbaner die Region, desto größer das Problem. Nach Zahlen des Ifo-Instituts stiegen die **Mieten bei Neuverträgen** in den sieben größten deutschen Städten seit 2013 um rund **75 Prozent**. Die andere Seite: Laut Statistischem Bundesamt stehen derzeit bundesweit etwa **1,7 Millionen Wohnungen leer**. Und zwar quer durchs Land. „In ländlichen Teilen des Ostens oder des Saarlands, im Sauerland, im bayerischen Oberfranken – überall dort fragt man sich, wie man mit dem Leerstand umgehen soll“, beschreibt Pekka Sagner.

Insbesondere günstige Wohnungen fehlen. Hinzu kommt: Es fehlt nicht nur an Wohnungen am richtigen Ort, sondern häufig auch im **richtigen Preissegment**. Selbst dort, wo gebaut wird, entstehen wegen der beschriebenen hohen Herstellungskosten derzeit oft eher **hochpreisige Wohnungen**. Für Haushalte mit mittleren oder niedrigen Einkommen dagegen bleibt das Angebot knapp. Der Markt ist also nicht nur regional, sondern auch sozial unterschiedlich angespannt. Eine Folge: **wachsender Pendelverkehr**, deutlich längere Arbeitswege.

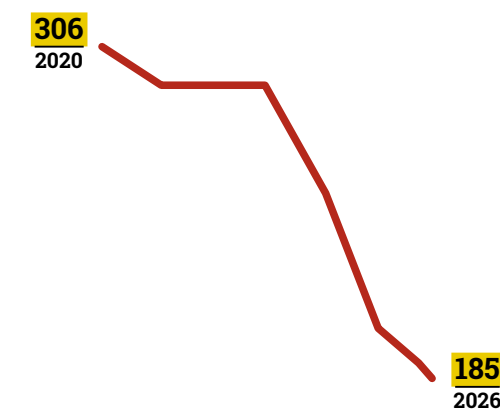
Und wenn man umziehen muss?

Dann hat man womöglich ein Problem. Grund ist der sogenannte **Lock-in-Effekt**. Wer eine vergleichsweise günstige Bestandswohnung hat, überlegt es sich zweimal, bevor er kündigt. Denn bei einem Umzug droht oft ein heftiger Sprung zur deutlich höheren Neuvertragsmiete. Ifo-Forscher haben ausgerechnet: In Großstädten beträgt dieser Aufschlag durchschnittlich 48 Prozent! Folge: „Der **Wohnungsmarkt verstopft** geradezu“, so IW-Mann Pekka Sagner. Familien bleiben in zu kleinen Wohnungen, ältere Menschen in zu großen.

Wohnraummangel als Wachstumsbremse. Auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland hat das Folgen. Lehnende Beschäftigte beispielsweise Jobangebote ab, weil der Umzug finanziell unattraktiv ist, **verliert der Arbeitsmarkt an Flexibilität** – und der erstarrte Wohnungsmarkt wirkt als **stille Wachstumsbremse**. „Diese Entwicklung droht zum sozialen Sprengstoff und zum Wachstumshemmnis für Städte zu werden: Wenn Arbeitskräfte sich Wohnen in den Metropolen nicht mehr leisten können, verlieren die Städte an wirtschaftlicher Kraft“, sagt Oliver Falck, Leiter des Ifo-Zentrums für Innovationsökonomik und Digitale Transformation.

Viel zu wenig neue Wohnungen

Fertiggestellte Einheiten (in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose: Ifo

aktiv

Dann soll der Staat eben bauen, bauen, bauen!

Sorry, aber daraus wird nix. „Der Staat baut so gut wie nie, das wäre auch viel zu teuer“, senkt IW-Ökonom Sagner verbal den Daumen. Das heißt aber nicht, dass der Staat nichts tut. Er vergibt **Fördermittel**! Und das derzeit nicht zu knapp. Bis 2029 wird die Bundesregierung die Rekordsumme von **23,5 Milliarden Euro** in den sozialen Wohnungsbau investieren. „Damit wollen wir die Trendwende bei den **Sozialwohnungen** schaffen und den Bestand an bezahlbaren Wohnungen Schritt für Schritt wieder erhöhen“, sagt Bundesbauministerin Verena Hubertz.

Privatleute vermieten die meisten Wohnungen. Umgesetzt werden die Projekte wiederum vorwiegend von privaten Akteuren, ergänzt durch Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Apropos privat: Etwa zwei Drittel der insgesamt rund 25 Millionen Mietwohnungen in Deutschland werden von **Privatleuten** vermietet. „Oft ist es die typische Einliegerwohnung, vermietet von jemandem, der das typischerweise eben **nicht gewerblich macht**“, betont Experte Sagner. Große Immobiliengesellschaften spielten daneben eher eine untergeordnete Rolle.

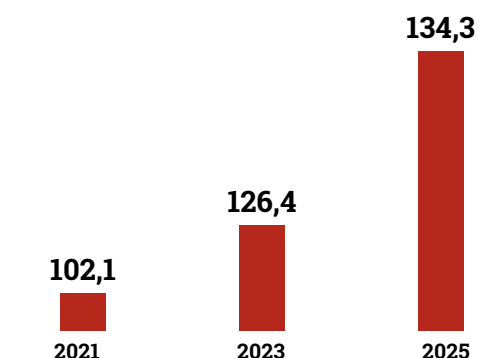
Und was tut die Politik noch, damit es besser wird?

Oha, es folgt ein Lob! „Die Politik scheint zu lernen, sie geht derzeit die strukturellen Probleme an“, sagt Experte Sagner. So soll der sogenannte **Gebäudetyp E** beispielsweise Bauvorschriften endlich flexibler handhabbar machen. „Das würde ermöglichen, nicht mehr auf dem höchsten Stand der Technik und damit teuer bauen zu müssen“, erklärt Sagner. Ziel: ein solider Standard mit **Sparpotenzial**.

Schneller, einfacher und günstiger bauen. Gleichzeitig setzt der Staat wieder stärker auf **Förderprogramme wie KfW-55**. Dabei geht es um energieeffiziente Neubauten, die bestimmte Effizienzstandards erfüllen und dafür zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse erhalten. Sagner: „Solche Programme sollen **Investitionen erleichtern** und **Planungssicherheit schaffen** – gerade in Zeiten hoher Finanzierungskosten.“ Und schließlich der **Bauturbo**: Mit vereinfachten Genehmigungsverfahren und mehr Spielraum für Kommunen sollen Projekte schneller auf den Weg gebracht werden. Ziel: **kürzere Planungszeiten**, weniger bürokratische Hürden. Ob's reicht? Sagner: „Mittelfristig ist das alles sehr wichtig und richtig, damit es besser werden kann.“

Stark gestiegene Baukosten

Kosten für neu errichtete Wohngebäude (Index, Jahresschnitt 2021 = 100)



Jeweils drittes Quartal; Quelle: IW

aktiv

„Die Mieten im Bestand sind zu niedrig“

Regulierung Wenn die Politik dem Mieterschutz Priorität einräumt, bleibt das nicht ohne Folgen

VON MICHAEL STARK

Die Not am Wohnungsmarkt ist zum großen Teil hausgemacht, so **Steffen Sebastian**, Professor für Immobilienfinanzierung an der Uni Regensburg. Der Experte erklärt im Gespräch mit **aktiv**, was sich ändern muss.

Ist der Wohnungsmarkt zu Recht stark reguliert? Schließlich gilt Wohnen als besonderes Gut mit großer sozialer Bedeutung.

Das wird leider gerne als Ausrede genutzt, um falsch zu regulieren und beim Wohnen die Gesetze des Marktes nicht zu beachten. Menschen orientieren sich aber auch hier am Preis – so wie wir es von anderen Gütern kennen.

Wenn Wohnraum billig ist, wird mehr nachgefragt, als wenn er teuer ist.

So ist es. Und wir machen Immobilien für viele Leute sehr billig: Bestandsmieten sind stark gegen Mieterhöhungen abgeschirmt. Die Politik hat mit verschiedenen Maßnahmen den Preis als Marktsignal ausgeschaltet. Das führt dazu, dass die genutzte Menge an Wohnraum durch die Decke geht.

Wo liegen wir da?

Mittlerweile sind wir bei rund 50 Quadratmetern pro Person. Und wenn man mal genauer hinschaut, dann zeigt sich: Es sind nicht die kinderreichen Familien, die aufgrund der Interventionen des Staates groß und günstig wohnen. Es sind oft Haushalte mit nur wenig Personen – und Leute, die eigentlich genug Geld haben.

Und trotzdem finden ja viele Menschen keine Wohnung, erst recht keine günstige. Müssen wir einfach mehr bauen?

Es wird sich nicht vermeiden lassen, dass wir mehr bauen. Aber: Die Neubaurate liegt in den meisten Städten deutlich unter 1 Prozent, der Bestand macht also 99 Prozent aus. Das Potenzial ist hier viel größer! Aber wir nutzen es momentan nicht. Wir haben grundsätzlich genug Wohnraum. Aber die Verteilung funktioniert nicht.

Wo ist dabei das Problem?

Das größte Problem auf dem Mietmarkt ist, dass kein Mensch mehr umzieht – die Fluktuation ist massiv zurückgegangen. Wir haben den Markt zum Erliegen ge-



FOTO: CHRISTIAN BUCK

bracht. Überspitzt gesagt: Wer einmal eine günstige Wohnung hat, behält sie – selbst, wenn sie größer ist als nötig. Ziel muss es sein, den Bestand wieder in den Markt zu bekommen.

Und warum funktioniert das nicht?

Entscheidend ist der große Unterschied zwischen Neuvertragsmieten und Bestandsmieten, die einfach zu niedrig sind. Es fehlt der Preisanreiz, um aus großen Wohnungen auszuziehen. Und die Politik ist nicht bereit, diesen Anreiz zuzulassen.

Sie wünschen sich also Mieterhöhungen auf breiter Front?

Jegliche Mietpreisreform muss sich daran messen lassen, ob sie die große Lücke zwischen Bestandsmieten und Neuvertragsmieten reduziert. Nur dann ziehen Menschen wieder um. Die sogenannte Kappungsgrenze verhindert aktuell die nötige Annäherung. Sie schützt unterschiedslos alle Menschen mit alten Verträgen und niedrigen Mieten. Wir müssen aber Bedürftige schützen!

Wie macht man das denn besser?

Ganz sicher nicht ohne Regulierung, aber mit der richtigen! Auch nicht mit mehr Sozialwohnungen. Denn sie sind zu teuer, ungerecht und nicht zielgerichtet: Wer eine ergattert, profitiert stark, alle anderen hingegen gar nicht. Eine Subjektförderung wie das Wohngeld ist deutlich flexibler und präziser, da ist sich die Wissenschaft einig. Leider gilt aber in der Öffentlichkeit der Politiker, der 1.000 Sozialwohnungen baut, als Held. Und wer 10.000 Menschen mit Wohngeld hilft, als Verschwender.

Noch mehr Menschen mit noch mehr Wohngeld unterstützen, damit sie sich steigende Mieten leisten können – das wird dann aber teuer.

Bei stark steigenden Mieten in angespannten Wohnlagen plädiere ich als Ausgleich für eine Art Vermieter-Soli. Vermieter würden dann einen Beitrag leisten, mit dem man zumindest einen Teil des höheren Wohngelds finanzieren kann. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es wird den Staat trotzdem Geld kosten. Haushaltsneutral ist so eine Reform nicht möglich.

Den Wandel gestalten



VON JOHANNES PÖTTERING,
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER
DES ARBEITGEBERVERBANDS
METALL NRW

Nichts ist so beständig wie der Wandel“, sagt ein altes Sprichwort. Wandel ist kein Ausnahmezustand, sondern Normalität. Gerade die M+E-Industrie hat sich im Laufe der Zeit immer wieder neu erfunden und angepasst. Klar ist jedoch auch: Die Schlagzahl hat sich massiv erhöht. Die nachhaltige Transformation,

geopolitische Umbrüche, der demografische Wandel und der Einsatz von KI stellen Betriebe und Beschäftigte vor große Herausforderungen.

Doch machen wir uns bewusst: Der Wandel eröffnet enorme Chancen, wenn wir ihn aktiv gestalten. Entscheidend hierfür sind aus meiner Sicht zwei Dinge: das richtige Mindset und die richtigen

Rahmenbedingungen. Es braucht Mut und den Glauben an sich selbst und die eigene Wirksamkeit. Veränderungen können nur gelingen, wenn jeder Einzelne sich dafür verantwortlich fühlt.

Ebenfalls ganz wichtig sind wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Eine Politik, die Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und

Leistungsbereitschaft von Unternehmen setzt, die Gestaltungsspielräume eröffnet, statt immer neue Verbote auszusprechen. Eine Politik, die unternehmerisches und persönliches Engagement anerkennt – und die jene im Blick behält, die Unterstützung benötigen. Das ist die Grundlage für erfolgreiches Wirtschaften im Wandel.

Neues Leben für alte Batterien

Start-up Voltfang aus Aachen macht aus ausgedienten Autobatterien Stromspeicher

VON MATILDA JORDANOVA-DUDA

Wenn die Ampel grün leuchtet, erhält die Batterie eine zweite Chance. Diesmal nicht im E-Auto, sondern in einem großen stationären Stromspeicher – zusammen mit anderen ausgedienten Autobatterien. „Wir schauen uns alle genau an und prüfen Parameter wie Spannung und Temperatur“, erklärt David Mohnen, der beim Speicherhersteller Voltfang aus Aachen die Produktion leitet. Die Module werden mit der Platine „verheiratet“, mit Steckern versehen und in den sogenannten Rack geschoben, wie die modular aufgebauten Speicher im Fachjargon heißen. Zum Schluss wird getestet, ob auch das Gesamtsystem einwandfrei funktioniert.

Das Start-up Voltfang ist eine Ausgründung der RWTH Aachen – und bislang eine echte Erfolgsgeschichte. Die Gründer haben mehrere Millionen Euro von Investoren eingesammelt. Vor gut sechs Jahren gegründet, beschäftigt Voltfang heute über 100 Mitarbeiter. Die Fabrik, in der die Aachener produzieren, ist Europas größte für Second-Life-Batteriespeicher.

Voltfang hat mehr als 7.000 Batterien vor dem vorzeitigen Ende gerettet

Die Idee, ausgediente Autobatterien weiterzunutzen, kam den drei Gründern in einem gemeinsamen Urlaub. Die Batterie ihres alten Campers schwächelte und die angehenden Ingenieure suchten Ersatz. Dabei entdeckten sie, dass es hochwertige Lithium-Ionen-Batterien von Fahrzeugherstellern günstig zu kaufen gibt. Wenn sie kein Auto mehr versorgen können, haben die meisten noch rund 80 Prozent Restkapazität. In einem stationären Speicher reicht das für weitere 15 bis 20 Jahre.

Derzeit verbaut Voltfang auch viele neuwertige Batterien, die nie in einem Auto waren. Sie haben kaum etwas von ihrer Kapazität eingebüßt. „Das sind Überschüsse aus der Produktion deutscher Autobauer, die den Ausbau der Elektromobilität falsch eingeschätzt haben“, erklärt Gründer und Firmenchef David Oudsandji.



Technische Prüfung: Mitarbeiter Stephan Fink testet ein Modul.



Optische Kontrolle: Christian Reeves (vorn) und Kujtim Shala prüfen Batterien.

Nachhaltig ist das Ganze auch, da Importe von seltenen Rohstoffen und Ressourcenverbrauch entfallen. Voltfang hat bereits über 7.000 Batteriemodule vor einem vorzeitigen Ende gerettet und in Speicher verschiedener Größen für Gewerbe, Industrie, Kommunen und Netzbetreiber eingebaut. „Die typische Anwendung ist eine Supermarkt-



Speichermodule: Produktionsleiter David Mohnen steht hinter einem sogenannten Rack.

FOTOS: AKTIV/DANIEL ROTH (4)



„
Die typische Anwendung ist eine Supermarkt-Filiale

David Oudsandji,
Gründer von Voltfang

Filiale mit Photovoltaik auf dem Dach“, erklärt Oudsandji. „Nachts laufen die Kühlaggregate mit dem gespeicherten Strom weiter.“

Um den Eigenstrom bestmöglich zu nutzen oder alternativ billigen Strom aus dem Netz zu ziehen, hat Voltfang ein Energiemanagementsystem entwickelt. „Derzeit optimieren wir den Energiemanager mit einer KI, die Wetterdaten und Strommarktpreise einbezieht“, sagt Oudsandji. Ziel ist, dass die Kunden möglichst viel Geld und Energie sparen.

Gerade hat Voltfang einen sehr großen Stromspeicher für einen Energieversorger bei Aachen gebaut. Die riesige Batterie kann Elektrizität ein- und ausspeisen, um überschüssigen Ökostrom aufzunehmen und Lastspitzen zu kapfen. Weitere Großprojekte in Deutschland und im Süden Europas stehen am Start. „Das Thema Speicher ist in Europa essenziell“, sagt der Firmenchef. „Je mehr Strom aus Sonne und Wind produziert wird, desto mehr Flexibilität brauchen wir.“

Jede Stunde kostet **sehr viel Geld**

Wettbewerbsfähigkeit

Die hohen Arbeitskosten sind ein Standort-Nachteil für die deutsche Industrie

VON THOMAS HOFINGER

Verblüffend: Für das Geld, das eine Stunde Arbeit in deutschen Industriebetrieben kostet, kann man in Polen und Portugal mehr als drei Stunden Arbeit kaufen – und in China sogar über vier Stunden.

Das liegt nicht nur an der guten Bezahlung, sondern auch an unseren sozialen Standards mit den entsprechenden Lohnnebenkosten, wie Christoph Schröder erklärt. Der Ökonom vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erstellt auf Basis amtlicher Daten regelmäßig internationale Vergleiche der Arbeitskosten, zuletzt für 2024.

Zum Entgelt kommen hohe Sozialbeiträge

Deutschland liegt da bei knapp 50 Euro pro Stunde – und das ist ein enorm hoher Wert. „Die Arbeitskosten sind natürlich höher als der Stundenlohn“, macht Schröder klar. In seine Berechnung fließen Sozialbeiträge der Betriebe mit

ein, bezahlte arbeitsfreie Zeiten wie Urlaub und auch Ausgaben für die betriebliche Altersvorsorge. „Der Bruttojahresverdienst macht in der deutschen Industrie vier Fünftel der gesamten Arbeitskosten aus.“

Was auffällt: Wieso ist Arbeit in Japan, in der hinter Deutschland viertgrößten Volkswirtschaft der Welt, eigentlich so günstig? „Die Arbeitskosten der japanischen Industrie sind in den letzten 25 Jahren nur um 23 Prozent gestiegen“, erklärt Schröder, „das lag auch an den sehr niedrigen Inflationsraten dort.“ Zum Vergleich: In Deutschland legten die Kosten im gleichen Zeitraum um 78 Prozent zu! Zudem hat der Yen über viele Jahre deutlich an Wert verloren, auch das macht japanische Arbeit im Vergleich billiger.

Entsprechend dürfte die US-Industrie gerade an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben – was Schröder dann mit Daten für 2025 zeigen wird: „Die USA profitieren aktuell vom deutlich schwächeren Dollar, der die US-Arbeitskosten indirekt günstiger macht.“

Ranklotzen: Hierzulande muss man besser und effizienter arbeiten als im Ausland, damit die Betriebe den Kostennachteil auffangen können.



FOTO: KOTO – STOCK.ADOBE.COM

Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie

(in Euro)

Rumänien	10,77
China	10,82
Polen	15,53
Portugal	15,72
Griechenland	16,36
Tschechien	18,73
Japan	21,01
Spanien	27,23
Südkorea	27,30
Italien	32,26
Großbritannien	34,26
USA	42,17
Schweden	44,50
Frankreich	46,21
Niederlande	47,63
Deutschland	49,75
Belgien	51,46

Ausgewählte Industriestaaten mit mehr als zehn Millionen Einwohnern, Stand: 2024, Quelle: IW

aktiv

Neu im Web

Welche Fotos im Job erlaubt sind

Dürfen Beschäftigte sich selbst oder andere am Arbeitsplatz knipsen? Darf man überhaupt auf dem Betriebsgelände fotografieren – und die Aufnahmen mal eben in Social Media posten? Und was gilt, wenn die Firma Mitarbeitende ablichten möchte, etwa für Werbezwecke? Ein Fachanwalt klärt auf.

Direkt zum Artikel
aktiv-online.de/0526



Wie die deutsche Wirtschaft wächst

Das deutsche Wirtschaftswachstum lässt seit Längerem zu wünschen übrig. Wie lautet die Prognose für 2026 und was bedeutet das für die Beschäftigten? Was muss geschehen, damit es wieder besser wird? **aktiv** erklärt die wichtigsten Zusammenhänge leicht verständlich.

Direkt zum Artikel
aktiv-online.de/0626



Wann das Gehalt ausbleiben darf



Wenn Beschäftigte in Deutschland krank werden, sind sie in der Regel finanziell erst mal gut abgesichert. Doch es gibt auch Fälle, in denen der Arbeitgeber die Lohnfortzahlung verweigern kann – Stichwort: Selbstverschulden. Auf aktiv-online.de erfahren Sie mehr darüber.

Direkt zum Artikel
aktiv-online.de/0726



Quiz

Die Lösung finden Sie in dieser Ausgabe!



Nintendo-Spiel-Power: Der 256-GB-Speicher ist erweiterbar.

Gewinnchance für aufmerksame **aktiv**-Leser: eine ...

... Spielkonsole

Handheld- und Heimkonsole in einem: Mit der „Switch 2“ von Nintendo lässt sich unterwegs ebenso spielen wie daheim im TV-Modus. Ein Download-Code für „Mario Kart World“ ist dabei.

Deutschland wird digitaler. Was können Sie schon seit 2025 in Ihr Smartphone packen?

- a) Den Fahrzeugschein.
- b) Den Führerschein.
- c) Das Führungszeugnis.

Senden Sie uns die Lösung bis zum 14. März 2026 – ganz einfach per Internet: aktiv-online.de/quiz



Die Auflösung und die Gewinner finden Sie in der nächsten Ausgabe.

Die Quiz-Lösung vom 31. Januar 2026 lautet: c) Gut 1.000 Stunden (wegen der Teilzeitleiter).

Gewonnen haben:

Anke K. aus Bocholt, Dirk H. aus Bad Berleburg, Johanna H. aus Ellwangen und Peer W. aus Sonnenstein.



Instagram

Jetzt folgen:
instagram.com/
aktiv_online

Handshake:
Indonesiens
Präsident
Prabowo Subianto
und EU-Kommis-
sionspräsidentin
Ursula von der
Leyen vereinbarten
im Juli 2025 ein
neues Freihandels-
abkommen.

Handelspartner: Bundeskanzler
Friedrich Merz traf sich erst vor
Kurzem mit Indiens Premierminis-
ter Narendra Modi.



FOTOS: IMAGO/WESTENDI (HAFEN), EUROPEAN UNION (PORTRÄT), ILLUSTRATION: ES SARAWUTH – STOCK ADOBE.COM

Europa stärkt den Freihandel

Außenhandel Die EU hat endlich das Mercosur-Abkommen beschlossen – und strebt nach weiteren Handelsbündnissen. Wo könnten demnächst Zölle fallen? Ein Überblick

VON NIKLAS KUSCHKOWITZ

Über 700 Millionen Verbraucher umfasst der Wirtschaftsraum, der demnächst die Europäische Union mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay verbinden soll. Unternehmen aus der EU und den Mercosur-Staaten sollen dann fast schrankenlos miteinander Handel treiben können. Rund 91 Prozent der Zölle auf EU-Exporte werden durch das kürzlich abgeschlossene Mercosur-Abkommen schrittweise abgeschafft, in Gegenrichtung gilt das Gleiche.

Gerade in der heutigen geopolitischen Lage ist das ein sehr wichtiger Schritt. Das Abkommen – über das übrigens seit mehr als 25 Jahren verhandelt worden ist – ist für Deutschland „von großer gesamtwirtschaftlicher und strategischer Bedeutung“, wie das Wirtschaftsministerium betont. Denn: „Es setzt ein nachhaltig positives Signal gegen protektionistische Tendenzen und für eine regelgebundene Handelspolitik.“

Allerdings hat das EU-Parlament das Abkommen verzögert und eine Prüfung des Europäischen Gerichtshofs erwirkt. Wirtschaft und Politik in Deutschland drängen darauf, den Handelsteil

dennoch vorläufig anzuwenden, und das sofort: Dazu ist die EU-Kommission befugt.

Der Freihandelsvertrag mit dem südamerikanischen Staatenbund ist nur einer von vielen, über die die EU in jüngster Zeit verhandelt hat. In Zeiten, in denen US-Präsident Donald Trump europäische Importe immer stärker mit willkürlichen Zöllen belegt oder damit droht, bemüht sich Europa verstärkt um neue Handelspartner.

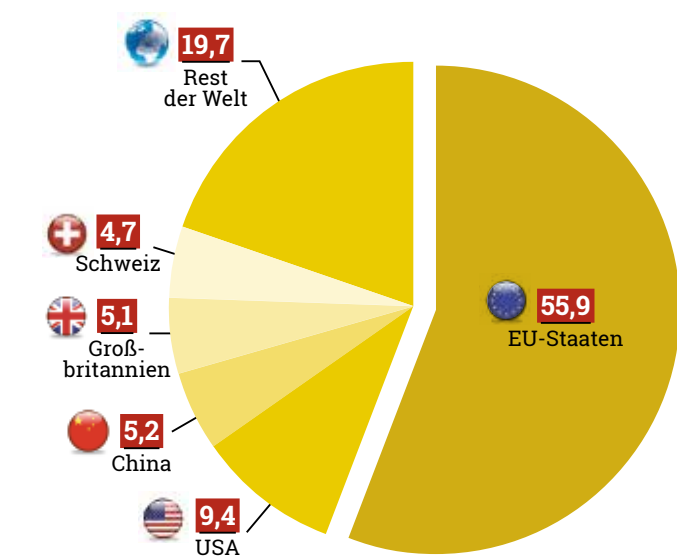
Die EU ist für die gemeinsame Handelspolitik aller zuständig

Und das kann auch unserer Wirtschaft helfen. Deutschlands Industrie ist bekanntlich stark exportorientiert, laut Statistischem Bundesamt hängt fast jeder vierte deutsche Arbeitsplatz am Auslandsgeschäft. Gleichzeitig hat unser Land zum Beispiel wenig Rohstoffe, braucht also auch alle möglichen Importe.

Lisandra Flach, Leiterin des Zentrums für Außenwirtschaft am Ifo-Institut, betont denn auch: „Es sind zusätzliche Handelsabkommen mit weiteren Handelspartnern nötig, um die negativen Folgen der US-Zollpolitik zu kompensieren.“ Selbst verhandeln kann Deutschland solche Abkommen allerdings schon lange nicht mehr. Laut

Deutschlands wichtigste Kunden

Anteil am gesamten deutschen Export (in Prozent)



Stand: 2025, Quelle: Germany Trade and Invest

aktiv

„Wir stehen uns oft selbst im Weg“

Interview Europa-Expertin Sandra Parthie über Hemmnisse im europäischen Binnenmarkt

VON MICHAEL AUST

Zollschranken gibt es keine innerhalb der Europäischen Union. Dafür viele Vorschriften – und oft in jedem Land andere. Dieser Wildwuchs stört den Handel, wie Ökonomin Sandra Parthie kritisiert. Die Europa-Expertin leitet das Brüsseler Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Hat der Freihandel auch innerhalb der EU ein Problem?

Innerhalb der EU reden wir nicht über Freihandel, denn wir haben ja eine Zollunion. Es geht hier vielmehr um Handelshemmnisse – und davon haben wir leider viele.

Haben Sie ein Beispiel?

Es gibt ein Nahrungsergänzungsmittel namens Mönchspfeffer. Das ist in Deutschland legal, sicherheitsgeprüft und wird normal vertrieben. In Belgien wird das Produkt aber abgelehnt, weil belgische Behörden die hormonelle Wirkung als potenziell riskant einstufen, obwohl keine EU-weiten Sicherheitsbedenken bestehen. Dasselbe Produkt wird in Frankreich wiederum als Arzneimittel eingestuft. Und für Arzneimittel werden klinische Nachweise gefordert. Die Folge: Mönchspfeffer kann im Binnenmarkt nicht frei vertrieben werden.

fen, obwohl keine EU-weiten Sicherheitsbedenken bestehen. Dasselbe Produkt wird in Frankreich wiederum als Arzneimittel eingestuft. Und für Arzneimittel werden klinische Nachweise gefordert. Die Folge: Mönchspfeffer kann im Binnenmarkt nicht frei vertrieben werden.

Wo hat die EU beim Binnenhandel das Sagen – und wo die Mitgliedsstaaten?

Das Sagen hätte die EU eigentlich bei allen Produkten und Dienstleistungen, die im Binnenmarkt gehandelt werden. In der Praxis werden die EU-Vorgaben, etwa bei Verpackungs- oder Entsorgungsregelungen, aber von nationalen Behörden umgesetzt, und da hapert es oft. Und es gibt natürlich Politikfelder, in denen die EU keine oder nur begrenzte Zuständigkeit hat, etwa in der Sozialpolitik.

Deshalb haben Unternehmen je nach Land andere Sozialregeln zu beachten.

Natürlich hält jedes Land seine eigenen für die besten. Und selbst wenn nicht: Wie schwierig Sozialreformen umzusetzen sind, merken wir ja gerade in Deutschland.



„Natürlich hält jedes Land seine eigenen Regeln für die besten“

Sandra Parthie, Ökonomin

Beispiel Verpackungsregeln: Warum sind die trotz EU-Harmonisierung so unterschiedlich?

Weil die Umsetzung immer im Mitgliedsstaat passieren muss. Wenn dort jemand entscheidet, etwas müsse zusätzlich auch auf Deutsch auf der Packung stehen, dann gibt es eben diese nationale Vorgabe. Händler schrecken davor zurück, dagegen das juristische Rad zu drehen, und kleben lieber noch einen Sticker mit der Über-

setzung auf die Verpackung – auch wenn das Geld kostet.

Gibt es keine Sanktionen?

Es gibt Vertragsverletzungsverfahren, aber die dauern meist Jahre. Und immer, wenn der Nationalstaat eine kleine Änderung vornimmt, startet die Uhr wieder von Neuem.

Klingt nicht so, als ob sich der Binnenmarkt in absehbarer Zeit vereinfacht. Welche Initiativen machen Ihnen trotzdem Mut?

Das sind sogenannte Sandboxes: geschützte Bereiche, in denen man bestimmte Formen einfach ausprobieren kann. Damit man mal sieht: Welche Regeln braucht es überhaupt, damit es funktioniert – und was vielleicht nicht? Denkbar sind sie in vielen Bereichen, etwa bei der Telekommunikation oder beim Thema Kreditkarten.

Warum gibt es da eigentlich keine europäische Alternative zu den US-Anbietern wie Visa?

Der Grund ist: Viele nationale Regeln führen dazu, dass Banken kein Interesse daran haben, grenzüberschreitende Lösungen zu finden.



ein Nachhaltigkeitskapitel mit Regeln in Sachen Klima, Umwelt und Arbeitsstandards.

● **Mexiko.** Das seit einem Vierteljahrhundert bestehende Abkommen mit Mexiko soll ausgeweitet werden, die Verhandlungen darüber wurden 2025 abgeschlossen. Mexiko ist zweitgrößter Handelspartner der EU in Lateinamerika, aber nicht Teil der Mercosur-Gruppe. Der modernisierte Vertrag soll Zölle abbauen und Europas Firmen einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen öffnen. Mexiko liefert der EU im Gegenzug wichtige Rohstoffe für die grüne und digitale Transformation.

Verhandlungen mit einigen Staaten

Außerdem führt die EU auch Verhandlungen mit Australien, Malaysia, den Philippinen und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAR). Bei Australien geht es um Agrarquoten, aber auch um die Absicherung kritischer Rohstoffe. Malaysia und die Philippinen sind für die europäische Wirtschaft wegen ihrer schnell wachsenden Märkte relevant – und als Gegengewicht zum wirtschaftlichen Einfluss Chinas. Die Gespräche mit den VAR wiederum zielen darauf ab, sich den Zugang zu einem zentralen Logistiknotenpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika zu vertiefen.

„Die EU sollte sich darauf konzentrieren, zügig zu Ergebnissen zu kommen“, rät Expertin Flach. Schließlich öffnen sich durch jeden Freihandelsvertrag neue Chancen, die europäische Unternehmen für sich nutzen können.

Zwischenzeitlich modernisiert, wurde es im Februar 2025 erweitert. Dadurch wurden sofort praktisch alle Zölle gestrichen. Ein noch umfassenderes Abkommen mit politischen und langfristigen Wirtschaftsregeln tritt erst in Kraft, wenn alle EU-Staaten es angenommen haben.

● **Indonesien.** Die EU und Indonesien haben im September 2025 ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abgeschlossen. Vereinbarung ist der schrittweise Abbau von fast allen Zöllen. Zudem sollen europäische Firmen besser in den riesigen indonesischen Markt integriert werden. Das Abkommen eröffnet der EU neue Chancen in vielen Bereichen: etwa im Maschinenbau, in der Automobil- und Chemie-Branche und bei erneuerbaren Energien. Es enthält zudem

Güter für die ganze Welt: Europas Offenheit für mehr Außenhandel hilft auch Deutschland.

Fragen rund ums Geld



Pflege

Gibt's die Rentenpunkte auch nachträglich?

Antje S. per Online-Kontaktformular:

Sie haben über Rentenpunkte für die Pflege von Angehörigen berichtet. Ich habe von 2022 bis 2025 meine inzwischen verstorbene Mutter mit Pflegegrad 5 täglich gepflegt. Ich bin dafür damals extra zu meiner Mutter ins Haus gezogen. Kann ich diese Rentenpunkte im Nachhinein noch bekommen?

Normalerweise muss eine Pflege durch Angehörige bei der Pflegekasse der zu pflegenden Person angezeigt werden, damit die oder der Pflegendе später entsprechend mehr Rente bekommt. „Ist dies seinerzeit nicht geschehen und die zu pflegende Person schon verstorben, kann man sich nachträglich direkt an die Pflegekasse dieser Person wenden und den Sachverhalt genau schildern“, erklärt die Deutsche Rentenversicherung Bund. Wenn Unterlagen die private Pflegetätigkeit belegen, sollte man diese mit vorlegen. Helfen könnte da zum Beispiel die Bestätigung eines damals unterstützenden Pflegedienstes. Wenn dann die Pflegekasse auf dieser Basis nachträglich Zeiten an die gesetzliche Rentenversicherung übermittelt, wird die Rente der pflegenden Person entsprechend erhöht.

Fragen rund ums Geld?

leserfrage@aktiv-online.de

Praktischer Tipp



E-Auto-Förderung

Jetzt gibt es 1.500 bis 6.000 Euro Zuschuss

Die neue staatliche Förderung gilt rückwirkend seit Jahresanfang 2026, beantragen kann man sie aber erst ab Mai: Wer sich als Normalverdiener ein neues E-Auto kauft, kann 1.500 bis 6.000 Euro Zuschuss vom Staat bekommen. Die genaue Höhe hängt vom Haushaltseinkommen ab, davon, wie viele Kinder im Haushalt leben – und vom Antrieb: Auch bestimmte Plug-in-Hybride und Autos mit Range-Extender werden bezuschusst. Die Details erklärt zum Beispiel der ADAC mit übersichtlichen Tabellen, unser Kurzlink a05.de/adac führt dorthin. Auch das private Leasing eines elektrisch angetriebenen Neuwagens wird vom Staat gefördert. Und stets gilt eine Mindesthaltedauer von 36 Monaten ab der Erstzulassung.

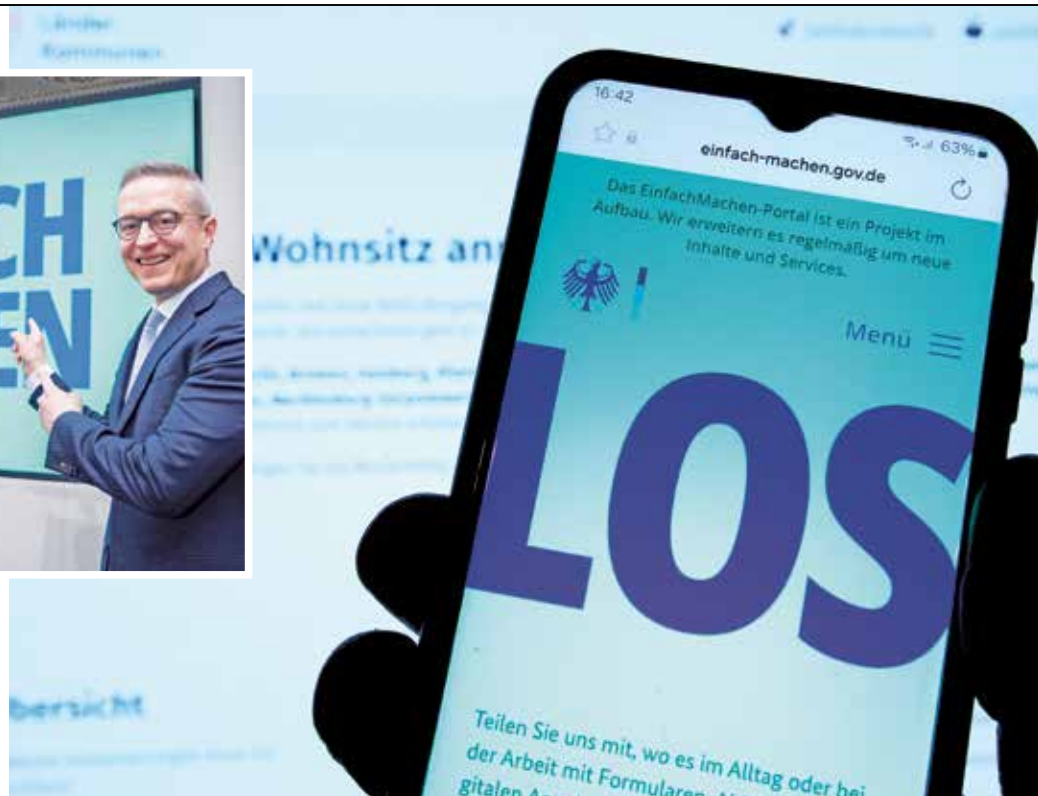
Autofahrer können sich freuen: Der Staat hilft jetzt wieder beim Kauf eines neuen Stromers.



FOTO: HALFPPOINT – STOCK.ADOBE.COM



Neues Portal: Bundesdigitalminister Karsten Wildberger baut auf die Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger.



FOTOS: IMAGO/HANNO BODE, BMDS/WOITHE (KLEINES BILD)

Weniger Papier, mehr Tempo

Digitalisierung Unser Land wird moderner. So können Sie mitmachen!

VON NIKLAS KUSCHKOWITZ

Keine Lust auf unnötigen Papierkram? Deutschland will da umsteuern. Auch deswegen hat das Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung im Dezember das Portal „Einfach machen“ an den Start gebracht. Unter einfach-machen.gov.de können Sie melden, wo die Bürokratie Sie persönlich nervt – ohne Anmeldung und anonym.

Vorschriften sollen dafür sorgen, dass der Staat fair und nachvollziehbar handelt. Doch zu viele Regeln bremsen eben unnötig aus. Laut Berechnungen des Ifo-Instituts entgehen Deutschland durch überbordende Bürokratie pro Jahr bis zu 146 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung!

Bürger ärgern sich über aufwendige Behördengänge

Digitalminister Karsten Wildberger soll das ändern. Er sagte beim Start des Portals: „Wir setzen auf die Beteiligung der Menschen in Deutschland, denn sie wissen am besten, wo das Leben zu kompliziert geworden ist.“ Tatsächlich sind in den ersten sechs Wochen über 15.000 Hinweise eingegangen. Mit Abstand am häufigsten geht es um aufwendige Behördengänge.

Allerdings: Es gibt schon viele amtliche digitale Angebote – die werden aber bisher noch zu wenig genutzt. Für die Digitale Rentenübersicht zum Beispiel haben sich nach Angabe der Deutschen Rentenversicherung bisher erst rund 320.000 der über 35 Millionen Pflichtversicherten registriert. **aktiv** meint: Da geht noch viel mehr! Und hat hier noch ein paar weitere Hinweise für die ganz persönliche Digitalisierung.

Die Digitale Rentenübersicht:
Wie dieses amtliche Angebot funktioniert und was es leistet
aktiv-online.de/digi-rente



BundID

- Die BundID gibt es schon seit 2019. Sie ist das zentrale **Online-Konto für digitale Behörden-gänge**. Ob Eltern-, Kinder- oder Wohngeld: Mit der BundID beantragen Sie diese und weitere Leistungen einfach vom Sofa aus.
- Der Log-in klappt mit der eID, nötig ist also der **elektronische Personalausweis**. Wie der funktioniert, erklärt **aktiv** hier: aktiv-online.de/eID
- Rund 5,8 Millionen Nutzer sind laut Bundesdigitalministerium angemeldet. Im März 2025 waren es schon mal so viele – bis ein Viertel der User plötzlich verschwand. Der Grund: Inaktive Konten werden nach zwei Jahren automatisch gelöscht. Viele Schüler und Studenten hatten sich im Jahr 2023 für die 200-Euro-Energiepauschale angemeldet, ihr Konto dann aber nie wieder genutzt. Dabei lässt sich darüber auch das **Bafög** beantragen.

Fahrzeugschein

- Hektisch die richtigen Papiere im Handschuhfach suchen? Muss nicht mehr sein: Mit der seit Herbst 2025 angebotenen amtlichen **App i-Kfz** haben Sie den Fahrzeugschein immer auf dem Smartphone griffbereit. Ende 2026 soll der **digitale Führerschein** folgen.
- Bereits seit 2023 können Sie Ihr Fahrzeug über die **i-Kfz-Portale** ohne Wartezeit an-, ab- oder ummelden. Zulassungsbescheid holen und sofort (weiter-)fahren: bmv.de/i-Kfz

Führungszeugnis

- Ein Führungszeugnis braucht man für Jobs mit Sicherheitschecks, etwa in der Kita oder der Luftfahrt. Laut Bundesjustizministerium werden rund fünf Millionen davon jährlich ausgestellt.
- Noch 2026 soll das digital laufen: PDF online statt Papier per Post, mit QR-Code gegen Fälschungen.

Steuerbescheid

- Ab 2027 stellt das Finanzamt den Steuerbescheid im amtlichen Portal elster.de bereit. Wer dann immer noch Papier will, muss dem widersprechen.
- Übrigens: Wer per Steuererklärung Geld zurückbekommt, kassiert so im Schnitt rund 1.200 Euro. Tipps dazu lesen Sie in der nächsten Ausgabe!



FOTO: ANGELIKA HEINE – STOCK.ADOBE.COM

DER Kantinen-Klassiker: Die gute alte Currywurst. In vielen Kantinen sorgt KI mittlerweile für die richtigen Mengen.

Moment mal!

Künstliche Intelligenz als Küchenhilfe

Neulich war ich in der Kantine eines Chemiekonzerns, an einem Brückentag: Kurze Schlangen, viele freie Tische. „Naaa?“, smalltalkte ich, „wird heute wohl viel für die Katz gekocht bei euch, ne?“ Der Gastgeber lächelte kurz, rückte die Brille zurecht, dann bekam ich eine Lektion. In Sachen künstlicher Intelligenz.

Die nämlich sei da mittlerweile in der Großküche quasi mit am Werk. Nicht am Herd, okay. Im Hintergrund aber, so klärte man mich auf, schreibe die KI längst intelligente Speisepläne, kalkuliere Mengen, berücksichtige dabei Jahreszeit, das aktuelle Wetter, die Vorlieben der Belegschaft.

Krass, dachte ich mir, Currywurst kaud. Ausgerechnet die Kantine zeigt, wie unspektakulär Transformation manchmal daherkommt. Und wie effizient sie sein kann: weniger Abfall, zufriedener Gäste, planbarere Abläufe. Pragmatische Lösungen für reale Probleme – genau so entsteht in der

Industrie Fortschritt. Vielleicht ist genau das der Punkt. Während anderswo über KI philosophiert wird – Jobkiller hier, Heilsbringer dort –, nutzt die Industrie sie einfach. Nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeug. Den Kochlöffel, den schwingt in der Küche noch immer der Mensch. KI ist kein Koch. Aber sie weiß, wie viele Gäste kommen.

VON ULRICH HALASZ



CHEFREPORTER

Ordert in Kantinen (und auch anderswo) bevorzugt Currywurst, den Kraftriegel des Facharbeiters. Gern extra scharf. Motto: Scoville statt Promille.

Zuschriften

Europas **Raumfahrt** ist Teamarbeit – und deutsche Unternehmen sind dabei unverzichtbar. Dieser Leser unseres Beitrags zum Thema ist scheinbar trotzdem noch nicht ganz überzeugt. Nun ja...

Was soll denn diese Kreuzfahrt ins Weltall?

FRANZ-JAKOB REINARTZ, VIA FACEBOOK



Wenn die eigene Hütte wegen der Klimakrise brennt, sollte man vielleicht erst mal diese löschen, bevor man eine „Kreuzfahrt“ ins Weltall unternimmt. Haben die Apollo-Missionen nicht bereits genug Mondgestein auf die Erde gebracht? Oder geht es diesmal einfach nur darum, dass nach zahlreichen Männern auch mal eine Frau den Mond betritt?

Wir berichteten zum mitunter komplizierten Thema **Erbschaftsteuer**. Als Echo gab's Leser dank. Bitte schön, gern geschehen!

Sehr hilfreich und prima recherchiert

MARTIN ERNST, PER E-MAIL



Guten Tag! Der Artikel über die Erbschaftsteuer ist sehr hilfreich und prima recherchiert! Sehr gut ist auch, dass schwierige Leserfragen durch Rückfragen bei Spezialisten geklärt wurden. TOP!

Noch so ein Thema mit eingebauten Fallstricken ist das **Wohnrecht** für Kinder. Eine Leser-Reaktion dazu.

Sie dürfen bleiben, solange sie wollen

JACQUELINE GOLLUB, VIA FACEBOOK



Egal, wie alt – solange alles gut läuft, dürfen sie so lange bleiben, wie sie möchten. Mein Sohn ist durch sein ADHS nicht immer einfach, wird im März 19 Jahre alt und ist im zweiten Lehrjahr. Aber er ist gerne zu Hause und da bleibt er, solange er möchte beziehungsweise es geht. Bei mir muss keiner ausziehen.

Dampfmaschine, Fließband, Computer, jetzt **Industrie 4.0**. Unseren Instagram-Reel dazu kommentiert dieser User durchaus humorig.

Erst drucken, dann scannen, dann mailen

DOEPP, VIA INSTAGRAM



Bei uns werden Bilder vom Server gedruckt, dann wieder eingescannt, um sie Kunden per Mail zu senden.

aktiv

Meine Arbeit.

Mein Leben.

Meine Zukunft.

Die Arbeitnehmer-Publikationen der IW Medien richten sich an die Beschäftigten von etwa 3.000 Industriebetrieben und ihre Familien. Sie erscheinen unter dem Dach des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und werden von rund 30 Arbeitgeberverbänden finanziert.

So erreichen Sie die Redaktion

POSTANSCHRIFT: Redaktion aktiv, Postfach 10 18 63, 50458 Köln

E-MAIL: redaktion@aktiv-online.de

WEBSITE: aktiv-online.de/kontakt

LINKEDIN: linkedin.com/showcase/aktiv-online

FACEBOOK: facebook.com/aktiv-online.de

INSTAGRAM: instagram.com/aktiv_online

Fragen zu Bezug und Zustellung

E-MAIL: vertrieb@aktiv-online.de

Schreiben Sie aktiv Ihre Meinung! Mit der Übersendung einer Zuschrift wird der Veröffentlichung in der Wirtschaftszeitung aktiv und den aktiv-Kanälen im Internet sowie der Auswahl und Kürzung durch die Redaktion zugestimmt. Diese Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Veröffentlichte Zuschriften geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

10.956

Gemeinden gibt es insgesamt in der Bundesrepublik – Rheinland-Pfalz hat mit 2.310 die meisten



7

Einwohner hat Deutschlands kleinste Gemeinde, die Hallig Gröde. 3,7 Millionen Menschen wohnen in der größten: Berlin

Wesentliche Aufgaben

Gemeinden sind die kleinste Verwaltungseinheit, wie Städte und Landkreise zählen sie zu den Kommunen. Als „**Staat vor Ort**“ regeln Gemeinden örtliche Angelegenheiten und sorgen so dafür, dass das tägliche Leben gut funktioniert. Einiges leisten sie freiwillig, etwa die Förderung von Sport und Kultur. Das meiste sind jedoch **Pflichtaufgaben**, die die Gemeinden sehr viel Geld kosten – ohne dass sie mitreden dürfen.

24,8

Milliarden Euro Defizit machten die deutschen Gemeinden 2024 – die größte Lücke seit der Wiedervereinigung

Hier spielt das Leben

Lokalpolitik Vom Trinkwasser bis zum Kitaplatz: Gemeinden haben viele Aufgaben und sind erste Anlaufstelle für Bürger und Betriebe

VON FRIEDRIKE STORZ



Engagierte Menschen

Rund **200.000 ehrenamtliche** lokale Mandatsträger halten die Demokratie am Laufen und engagieren sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ihrer Kommune. In vielen Bundesländern sind sogar **Bürgermeister** ehrenamtlich tätig, in kleinen Gemeinden.

Drei Viertel der Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind **tief verwurzelt** in ihrer Region: Sie leben seit über 20 Jahren dort, wo sie ihr Mandat ausüben.



Wichtige Motivation

Ich bin im Stadt- oder Gemeinderat, weil ich ...

- ... die Gemeinde zu einem besseren Ort machen will
- ... mich für meine Mitbürger einsetzen möchte
- ... politische Verantwortung übernehmen will

78

Prozent der Ratsmitglieder sind der Meinung, dass ihnen die Mehrheit der Wählerschaft vertraut

27

Prozent registrieren nach eigener Aussage vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen in ihrem Ort



Daseinsvorsorge
Trink- und Abwasser, Müllabfuhr



Sicherheit
Straßenunterhalt, Feuerwehr, Katastrophenschutz



Soziales
Kindertagesstätten, Wohlfahrt, Jugendhilfe



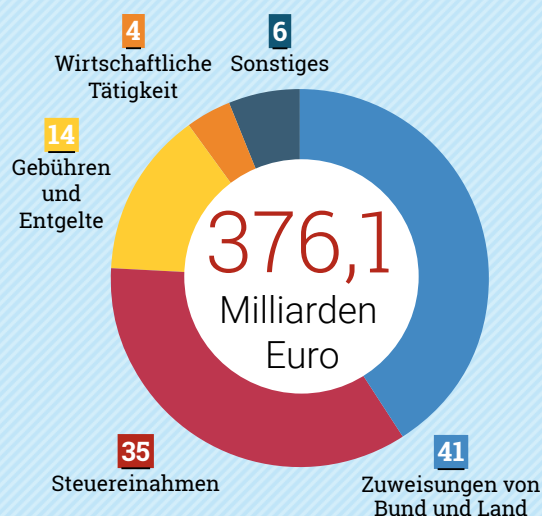
Bildung & Kultur
Grundschulen, Büchereien, Sportanlagen



Gesundheit & Co.
Öffentliche Hygiene, Infektionsschutz, Friedhöfe

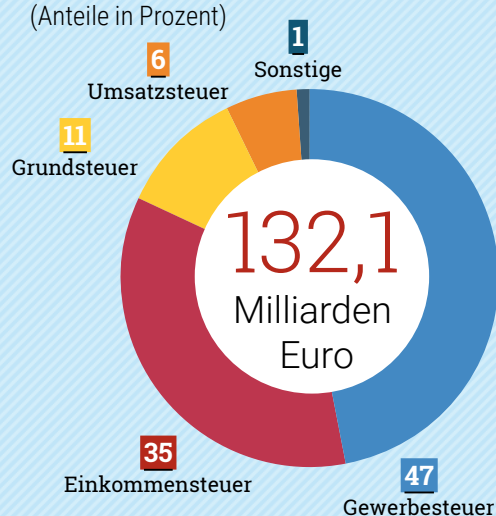
Wie sich die Gemeinden finanzieren

Einnahmen 2024 (Anteile in Prozent)



Das meiste Geld kommt von der Wirtschaft

Steuereinnahmen der Gemeinden 2024 (Anteile in Prozent)



Was Ratsmitgliedern Sorgen macht

Die größten Herausforderungen für die Gemeinden (Antworten in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

